

Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen – Grundfinanzierung der Universitäten stärken. Erklärung zahlreicher Wissenschaftsverbände zur Prekarität wissenschaftlicher Laufbahn und #ichbinhanna

Sehr geehrte Frau Stark-Watzinger,

am 29.7.2021 sendeten wir eine von 32 geistes- und sozialwissenschaftlichen Verbänden unterzeichnete Erklärung an das Ministerium für Bildung und Forschung, in der wir den #ichbinhanna-Protest unterstützen und dazu aufrufen, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz abzuschaffen. Wir erhielten vom BMBF im September 2021 eine kurze Antwort, die auf die laufende Evaluation des Gesetzes verwies. Die Anlage dieser laufenden Evaluation hatten wir in unserem Schreiben allerdings bereits als unzulänglich kritisiert. Nun haben wir eine neue Regierung und das Ministerium hat eine neue Leitung. Wir möchten unsere Aufforderung, die Wissenschaftsverbände in den Prozess der Evaluation und in die Diskussion um das WissZeitVG einzubeziehen, deshalb noch einmal nachdrücklich wiederholen.

Als Wissenschaftsverbände sind wir seit vielen Jahren mit den problematischen Auswirkungen des WissZeitVG befasst. Als nationale Interessenvertretungen beunruhigt uns insbesondere der Umstand, dass das Gesetz durch individuelle Universitätsverwaltungen höchst unterschiedlich ausgelegt wird. Obwohl das Gesetz Rechtssicherheit auf nationaler Ebene schaffen sollte, trägt es maßgeblich zur Verunsicherung bei, etwa wenn es bei der Gestaltung von Einstellungsverfahren und Verträgen willkürlich und restriktiv interpretiert wird. Es fungiert so als Instrument administrativer Absicherung und gerät zum Hindernis für die Forschung und Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland.

In unserem Schreiben vom letzten Jahr plädierten wir für eine Reform und einen Systemwandel. Für die Gestaltung des Reformprozesses stehen wir mit unserer Expertise und unseren Erfahrungen zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Ruth Mayer (DGfA) Prof. Dr. Lutz Raphael (VHD) Prof. Dr. Paula-Irene Villa Braslavsky (DGS)

Initiator*innen

- Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien (DGfA), Präsidentin Prof. Dr. Ruth Mayer
- Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands e. V. (VHD), Vorsitzender Prof. Dr. Lutz Raphael
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), Vorsitzende Prof. Dr. Paula-Irene Villa Braslavsky

Erstunterzeichnende

- Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK)
- Verband der Deutschen Kunsthistoriker e. V.

Unterzeichnende

- Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM)
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

- Deutsche Vereinigung für Religionswissenschaft e. V. (DVRW)
- Deutsche Gesellschaft für Medizinische Soziologie (DGMS)
- Gesellschaft für Geschichte der Wissenschaften, Medizin und Technik (GWMT)
- Deutsche Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie e. V. (DGSKA)
- Deutsche Gesellschaft für Volkskunde e. V. (dgv)
- Gesellschaft für Kanada-Studien in deutschsprachigen Ländern e. V. (GKS)
- Gesellschaft für Anglophone Postkoloniale Studien e. V. (GAPS)
- Deutscher Anglistenverband e. V.
- Gesellschaft für Comicforschung e. V. (ComFor)
- Fachverband Medizingeschichte e. V.
- Gesellschaft für Hochschulgermanistik im Deutschen Germanistenverband (GfH im DGV)
- Gesellschaft für Technikgeschichte e. V. (GTG)
- Mediävistenverband e. V.
- Gesellschaft für Japanforschung e. V. (GJF)
- Kulturwissenschaftliche Gesellschaft e. V. (KWG)
- Fachgesellschaft Geschlechterstudien/Gender Studies Association (Gender e. V.)
- Doing Science & Technology Studies in and through Germany e. V. (stsing)
- Gesellschaft für Musikforschung e.V.
- Society for Women in Philosophy Germany e. V. (SWIP)
- Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V. (DGUF)
- Chartered Institute for Archaeologists Deutschland (CIfA Deutschland)
- German Labour History Association (GLHA)
- Deutsche Gesellschaft zum Studium britischer Kulturen e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft e. V. (DGfP)
- Deutsche Gesellschaft für Hochschuldidaktik e. V. (DGHD)